Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
16.11.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule, Sport
Schriftführung
Sarah Gilke
Telefon-Nr.
02202-14-1930

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Sitzung am Mittwoch, 30.09.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 20:09 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 21.04.2026 – öffentlicher Teil**
0543/2026

4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0567/2026

6 **Mitteilungen des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.**

7 **Mitteilungen des Stadtverbandes Kultur e.V.**

8 **Vorstellung des THEAS Theaters (mündlicher Vortrag)**

9 **Grundsatzbeschluss zur weiteren Planung der Neukonzeption des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe (Vorlage wird nachgesandt)**
0586/2026

10 **Bericht der Städtischen Max-Bruch-Musikschule über das Geschäftsjahr 2025**
0550/2026

11 **Bau einer 3-fach-Sporthalle als dauerhafte Halle auf dem Tankstellengrundstück an der Mülheimer Straße in Gronau – Entscheidung über die Errichtung einer Zuschauertribüne**
0587/2026

12 **Anträge der Fraktionen**

13 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Reiländer eröffnet um 17:00 Uhr die dritte Sitzung in der 11. Ratsperiode.

Herr Reiländer begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder bzw. Vertretungen (siehe Anwesenheitsliste, Anlage 1) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Reiländer schlägt vor, die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 30.09.2026 bei Tagesordnungspunkt 10 zu behandeln. Damit zeigt sich der Ausschuss einverstanden.

Anschließend tritt er in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 21.04.2026 – öffentlicher Teil
0543/2026

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Reiländer gibt die Sitzungstermine 2027 für den Ausschuss Bildung, Kultur und Sport (ABKS) wie folgt bekannt: 02.02.2027; 11.05.2027; 06.10.2027; 30.11.2027.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters
0567/2026

Herr Reiländer weist auf die Vorlage hin.

Herr Dekker informiert über die temporäre Schließung der Eissporthalle aus Sicherheitsgründen. Der Vorstand des Eissportvereins habe sich um eine Lösung bemüht und ein Ingenieurbüro sowie einen Tragwerksplaner beauftragt. Zudem fänden intensive Gespräche mit der Bauordnung (Fachbereich 6-63) statt. Für die Wintersaison 2026/27 sollten alle tragenden Leimbinder der Dachkon-

struktion provisorisch abgestützt werden. Die entsprechenden Unterlagen des Tragwerksplaners lägen der Bauordnung zur Prüfung vor. Der Verein gehe von einer Genehmigung für zunächst ein weiteres Jahr aus. In diesem Falle sei dort ab dem 02.11.2026 wieder Schulsport möglich. Für die weitere Zukunft der Halle sei allen Beteiligten klar, dass eine langfristige Sanierungslösung gefunden werden müsse. Daran arbeite der Verein, auch in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung.

Herr Schöpf erkundigt sich, ob der Verein die Sanierung finanziell selbst tragen müsse oder ob es sich um eine rein städtische Finanzierung beziehungsweise Subventionierung handle.

Herr Dekker führt aus, dass der Verein vertraglich für die Arbeiten an „Dach und Fach“ vollumfänglich zuständig sei. Das Investitionsvolumen für die Komplettsanierung liege voraussichtlich im siebenstelligen Bereich. Der Verein bemühe sich daher aktuell um die Akquise von Fördermitteln.

Frau Kirschner gibt eine Zwischenmitteilung zur Hallennutzung durch Sportvereine an Wochenenden ab. Die Verwaltung stehe hierzu im engen Austausch mit dem Immobilienmanagement. Ein abschließender Bericht mit dem endgültigen Sachstand stehe noch aus.
Zum Projekt am Sportplatz Paffrather Straße sei der Auftrag an die Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL) erteilt worden. Diese habe einen Projektsteuerer gefunden und hole derzeit ein vollständiges Honorarangebot ein. Aktuell fänden zudem Bodenuntersuchungen auf dem Gelände statt, um die bauliche Machbarkeit der Pläne zu prüfen. Nach aktuellem Stand sei ein Baubeginn nach Abschluss der Vorplanungen für das Jahr 2028 vorgesehen.

Herr Dettmar bittet um den aktuellen Sachstand zum Skatepark.

Herr Dekker erklärt, dass diese Planung im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Grünflächen (Fachbereich 8-67) liege.

Herr Klaas beantragt eine Konkretisierung der Prüfung bezüglich der Hallenöffnungszeiten auf die einzelnen Hallen, ob eine Öffnung einzelner Hallen denkbar sei. Zudem bittet er um eine Aufstellung der Gesamtkosten dafür sowie um eine vergleichende Kostenüberstellung für Einfach- und Dreifachhallen.

Frau Kirschner antwortet, dass diese Fragestellungen Gegenstand der laufenden Prüfung seien und daher zum aktuellen Zeitpunkt noch keine konkreten Auskünfte erteilt werden könnten.

Frau Skribbe erkundigt sich, ob zum Thema Stadtbücherei ein ausführlicher Bericht analog zur Jugendbefragung im Jugendhilfeausschuss (JHA) folge. Zudem begrüßt sie die Erhöhung der Sport-Jugendförderung und bittet um Erläuterungen zur Funktionsweise und Barrierefreiheit der Sportboxen, die über ein digitales Schloss verfügten.

Frau Besten erklärt, dass das beauftragte Architekturbüro in der kommenden Sitzung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport (ABKS) am 26.11.2026 anwesend sein werde, um die Ergebnisse und Entwicklungen aus den verschiedenen Umfragemodulen vorzustellen.

Herr Rockenberg begrüßt die Verdopplung der Jugendförderung von 4,00 Euro auf 8,00 Euro pro Kopf und bezeichnet dies als gut investiertes Geld. Die Sportboxen seien digital per App zugänglich; zu den konkreten Nutzererfahrungen müsse jedoch die Verwaltung berichten.

Frau Skribbe äußert Bedenken, dass ein rein digitales Schloss Barrieren für Personen ohne entsprechenden Smartphone- oder App-Zugang aufbaue. Sie verweist hierzu auf eine Anfrage des Inklusionsbeirats und bittet um die Prüfung von Alternativen.

Frau Kirschner erläutert, dass der Zugang primär digital über eine App gesteuert werde. Die Sportboxen würden in Kooperation mit den jeweiligen Vereinen betrieben. Bei einer Kontaktaufnahme könnten die Vereine die Boxen auch manuell entsperren, wenngleich dies im Vergleich zur App-Nutzung umständlicher sei.

Frau Kirschner teilt ergänzend zu den Ausführungen von Frau Besten mit, dass Einladungen für einen interfraktionellen Arbeitskreis an die Fraktionsvorsitzenden und kulturpolitischen Sprecher versandt worden seien. Dieser diene einer internen und ausführlichen Vorstellung des Bibliothekskonzepts, um den Fraktionen eine gezielte Vorbereitung ihrer Fragen im nächsten Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport am 26.11.2026 (offizielle Vorstellung) zu ermöglichen.

Frau Kirschner berichtet weiter über das erfolgreiche Ende des Kultursommers 2026 mit der letzten, sehr beeindruckenden Vorstellung am 27.09.2026. Sie spricht der zuständigen Kollegin Frau Weymans im Namen der Verwaltung ihren ausdrücklichen Dank für das herausragende Engagement und die erfolgreiche Etablierung dieser Kulturreihe in Bergisch Gladbach aus.

6. Mitteilungen des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.

Herr Rockenberg trägt folgende Mitteilungen vor:

- Herr Rockenberg begrüßt die spürbare Verbesserung der Kommunikation und Einbindung des Stadtsportverbandes durch die Verwaltung, wie es im Pakt für den Sport vereinbart sei. Dies zeige sich positiv bei aktuellen Themen wie der Interimssporthalle für die Integrierte Gesamtschule Paffrath (IGP) und der Tribünenfrage beim **Bau einer 3-fach-Sporthalle.**

- Er lädt er zum informellen Sportfrühschoppen zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung und dem Stadtsportverband am 11.10.2026 beim Tennis- und Hockey-Club Rot-Weiß Bergisch Gladbach e. V. (THC) ein.

- Zur kommunalen Sportpauschale des Landes Nordrhein-Westfalen berichtet er, dass das Antragsvolumen der Vereine für deren eigene Sportstätten mit 230.000 Euro das verfügbare Budget von rund 150.000 Euro deutlich übersteige. Verwaltung und Stadtsportverband hätten die Mittel einvernehmlich nach den Fördergrundsätzen zur Vergabe von Mitteln aus der Sportpauschale verteilt. Der Ausschuss erhalte in der nächsten Sitzung am 26.11.2026 turnusgemäß Bericht.

- Hinsichtlich des neuen Förderprogramms „Moderne Sportstätte NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen für vereinseigene Sportstätten [Bergisch Gladbach erhalte 1,2 Millionen Euro, verteilt auf zehn Jahre (120.000 Euro jährlich)], lägen bereits informelle Interessenbekundungen im Umfang von fünf bis sieben Millionen Euro vor. Großprojekte wie die Eissporthalle seien hierbei noch nicht eingerechnet. Der Stadtsportverband sammle die Planungen der Vereine bis zum Jahresende und definiere anschließend in alleiniger Zuständigkeit die Förderkriterien (z. B. Förderquoten von 50 oder 90 Prozent sowie den Auszahlungszeitraum). Konkrete Beschlüsse seien für das Frühjahr 2027 vorgesehen.

- Bezüglich der Thematik der Nutzungsentgelte für die Schwimmbäder betont Herr Rockenberg die Bedeutung einer kontinuierlichen Einbindung des Stadtsportverbandes, anknüpfend an die ersten Abstimmungen im Vorjahr. Er erinnert an die bestehende Konsenslinie, wonach eine finanzielle Entlastung auch den Vereinen zugutekommen solle. Vor diesem Hintergrund regt er an, dass die Verwaltung den Stadtsportverband frühzeitig in die weitere vertragliche Ausgestaltung einbezieht.

- Der Stadtsportverband regt an, künftige Förderangebote wie das Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ für das sanierungsbedürftige Hans-Zanders-Bad aktiv zu nutzen. Bezüglich des städtischen Eigenanteils von 20 Prozent wird auf das erfolgreiche Beispiel der Nachbarkommune Rösrath verwiesen. Dort habe die Mobilisierung solcher Mittel neue Perspektiven eröffnet, was als wertvoller Impuls für die Weiterentwicklung der Gladbacher Bäderlandschaft dienen könne.

- Zuletzt verweist Herr Rockenberg auf die verzögerte Mitteilung über die Bäderöffnungszeiten für die schwimmsporttreibenden Vereine im Herbst 2026, die im Rahmen des Gesamtpakets vereinbart worden seien. Die späte Informationsweitergabe setze die Vereine unter erheblichen Zeit-

druck, da diese ihre Angebote innerhalb von drei Wochen komplett neu planen müssten. Er regt an, Informationen künftig mit ausreichendem Vorlauf zu übermitteln.

Herr Reiländer weist darauf hin, dass die Thematik der Nutzungsentgelte für die Schwimmbäder in der vorangegangenen Sitzung im nicht-öffentlichen Teil behandelt worden sei.

7. Mitteilungen des Stadtverbandes Kultur e.V.

Herr Bergermann berichtet Folgendes:

- Herr Bergermann berichtet, dass der Stadtverband Kultur e.V. im Ausschuss vereinbarungsgemäß auch den Stadtverband Musik e.V. vertrete. Dem Stadtverband Musik gehörten aktuell zwölf Chöre und sechs Instrumentalensembles beziehungsweise Orchester mit insgesamt über 800 Laienmusikern an. Die Mitgliedsvereine arbeiteten autark, erhielten jedoch bei Bedarf Unterstützung bei der Bewältigung von Raumnot für Proben und Aufführungen. Im Mai 2026 sei ein neuer Vorstand gewählt worden. Nach dem Ausscheiden von Antonie von Schönfeld und Gerd Marzinkowski habe Herr Bülent Aydinlioglu (Bergische Ohrwürmer) den ersten Vorsitz übernommen. Als Beisitzer fungierten Frau Katharina Schüle (Sinfonieorchester Bergisch Gladbach) und Herr Martin Frings (Big Band Bergisch Gladbach). Die Geschäftsführung liege weiterhin bei der Leiterin der Städtischen Max-Bruch-Musikschule, Frau Agnes Pohl-Gratkowski. Beide Stadtverbände seien um eine enge Kooperation bemüht; zudem wünsche der Stadtverband Musik einen ständigen Sitz im ABKS.

- Der Stadtverband Kultur habe am 31.05.2026 im „Museum“ auf Zanders den Kulturpreis DER BOPP 2025 verliehen.
Ausgezeichnet worden sei das Musicalprojekt der Andreas-Kirche Schildgen mit der Produktion „Der junge Goethe“.
Der UmweltAward habe mangels Bewerbungen in diesem Jahr nicht vergeben werden können. Mit dem Staffelstab sollte auf ein weiteres Jugendkulturprojekt hingewiesen werden. Dieser sei in der vergangenen Woche an das seit über zehn Jahren bestehende Theaterprojekt im Kinder- und Jugendzentrum CROSS übergeben worden.

- Herr Bergermann führt weiter aus, dass der Stadtverband Kultur bei den politischen Fraktionen um Gelegenheit gebeten habe, die freie Kulturszene vorzustellen. Dies sei mit einer Einladung in die Atelieretage auf dem Zanders-Gelände verbunden worden. In der vergangenen Woche hätten auch Herr Kreutz, Herr Dekker und Frau Krallinger (Geschäftsführerin der Zanders-Entwicklungsgesellschaft) die Atelieretage besucht. Bei dieser Gelegenheit habe der Bürgermeister die Schirmherrschaft für die Atelieretage übernommen. Die Künstlerschaft hoffe nun auf eine Verlängerung der Mitte 2027 auslaufenden Mietverträge.

- Abschließend äußert Herr Bergermann die Hoffnung, dass anstehende Sparmaßnahmen die freie Kulturszene nicht übermäßig belasteten und die Weiterentwicklung des Kulturleitbildes zeitnah wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Frau Stauer dankt für den Bericht und bestätigt den positiven Eindruck der SPD-Fraktion aus einem eigenen Besuch der Atelierräume auf dem Zanders-Gelände. Sie betont, dass es der Fraktion ein wichtiges Anliegen sei, die Jugendkulturszene künftig stärker in den Blick zu nehmen und hierzu regelmäßig Berichte unter Mitteilungen des Bürgermeisters zu erhalten. Außerdem liege der SPD-Fraktion die Fortführung des Kulturleitbildprozesses unter intensiverer Einbindung der Jugendkultur am Herzen.

8. Vorstellung des THEAS Theaters (mündlicher Vortrag)

Herr Overbeck (Vorsitzender) und Frau Eng-Huniar (Intendantin) stellen das THEAS Theater in Form einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Herr Reiländer dankt Herrn Overbeck und Frau Eng-Huniar für ihren Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bartz dankt für die Vorstellung der Arbeit des THEAS Theaters sowie für die geplanten Kooperationen mit Schulen. Er betont den hohen Wert des Theaterspiels für die freie Entfaltung und Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen und lobt den Ansatz, den Literaturbegriff auf diese Weise näherzubringen.

Frau Stauer schließt sich dem Lob vollumfänglich an, begrüßt das Engagement der neuen Intendantin und bittet um nähere Erläuterungen zu den Begriffen „Zauber-Slam“ und „Open Stage“. Zudem erkundigt sie sich bezüglich der regionalen Kulturpartnerschaften, ob damit lokale Kooperationen vor Ort gemeint seien oder Partnerschaften im Rheinisch-Bergischen beziehungsweise Oberbergischen Kreis. Sie regt an, hierbei auch Theatergruppen aus den Städtepartnerschaften einzubinden.

Frau Skribbe dankt für den Einblick in die unter anderem mit dem LVR-Preis Rheinlandtaler im Bereich Gesellschaft ausgezeichnete Arbeit. Sie hebt die angestrebte Breitenarbeit hervor, die Theater über das klassische Bildungsbürgertum hinaus für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich mache und erkundigt sich nach einer Kooperation mit der Musikschule.
Zudem lobt sie die Inklusionsbemühungen und regt an, die Expertise des Inklusionsbeirats zu nutzen, wobei sie Tastführungen auf der Bühne sowie tastbare Bühnenbildmodelle für Sehbehinderte als gelungene Beispiele hervorhebt.

Frau Eng-Huniar erläutert, dass es sich beim „Zauber-Slam“ um einen Wettstreit handle. Dabei träten drei Zauberer in zwei Runden mit neuen Kunststücken gegeneinander an, wobei das Publikum per „Hutgeld“ über den besten Beitrag abstimme. Der Gewinner erhalte einen Wanderpokal, der auch beim bereits für das Jahr 2027 geplanten zweiten Zauber-Slam vergeben werde; die Gagen würden unabhängig davon redlich geteilt.
Die „Open Stage“ biete regionalen Kunstschaffenden ohne abendfüllendes Programm eine Plattform für Kurzbeiträge aus den Bereichen Musik, Wort oder Tanz. Unter regionalen Kulturpartnerschaften - erklärt Herr Overbeck - verstehe das Theater die Vernetzung mit anderen (Kultur)-einrichtungen– wie der Piccolo-Puppenbühne oder dem Café Leichtsinn – zwecks Ideenaustauschs, Publikumsgewinnung und gemeinsamer Kulturproduktion. Bezugnehmend auf die Rückmeldungen zur Jugendarbeit betont er die erhebliche Stärkung des jugendlichen Selbstbewusstseins durch die Bühnenarbeit und lädt zum Besuch der Jugendstücke ein.

Herr Schöpf dankt für den interessanten Vortrag und zeigt sich besonders von der angebotenen Audiodeskription für Menschen mit Sehbehinderung beeindruckt. Er regt an, das Inklusionsangebot um Aufführungen mit Gebärdensprachdolmetschern zu erweitern, um auch gehörlose Menschen erfolgreich zu integrieren.

Herr Kraus spricht dem THEAS Theater im Namen der CDU-Fraktion seinen Dank für die hervorragende Arbeit aus. Aus seiner Erfahrung im Sportbereich unterstreicht er die immense Bedeutung dieser Bildungs- und Motivationsarbeit zur Förderung des Teamgeistes bei jungen Menschen. Er bedauere, dass die Stadt und der Rat das Theater aufgrund der prekären Haushaltslage im Kulturbereich hauptsächlich ideell sowie durch institutionelle Kultur- und Projektförderung unterstützen könnten, eine weitere Förderung in den kommenden Jahren jedoch nicht zu erwarten sei. Der

Ausschuss werde sich jedoch dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechterten.

Auf die Nachfrage von Herrn Schöpf bezüglich der Umsetzung seiner Anregung von Angeboten in Gebärdensprache erläutert Frau Eng-Huniar, dass im Vorfeld einer Produktion bereits ein solches Projekt mit einem Regisseur diskutiert worden sei. Dieses sei jedoch aufgrund externer Bedenken, eine solche Umsetzung könne diskriminierend wirken oder Betroffene stigmatisieren, nicht realisiert worden. Sie halte die Idee weiterhin für hervorragend und beabsichtige, das Thema nochmals aufzugreifen.
Herr Schöpf empfiehlt hierzu abschließend eine Kooperation mit dem Inklusionsbeirat, da von dort eine positive Resonanz zu erwarten sei.

9. Grundsatzbeschluss zur weiteren Planung der Neukonzeption des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe (Vorlage wird nachgesandt)

0586/2026

Herr Reiländer verweist auf die Beschlussvorlage sowie auf die Tischvorlage mit einer Stellungnahme des Bergischen Geschichtsvereins.
Die Tischvorlage ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Frau Brauer berichtet über die pünktliche Teilwiedereröffnung des Museums zum 01.07.2026. Dies sei durch die Sanierung der Elektrik, der Beleuchtung und des Brandschutzes in den Bereichen der Gerberei, des Trauzimmers und des Hammerwerks ermöglicht worden. Als Übergangslösung für die Besucher sei ein Toilettenwagen aufgestellt worden, der Anfang des kommenden Jahres durch eine barrierefreie Containerlösung ersetzt werden solle, um wieder mehr Veranstaltungsfläche auf dem Gelände zu gewinnen. Das Haupthaus bleibe bis auf Weiteres geschlossen.

Zum eigentlichen Neukonzeptionierungsprojekt führt Frau Brauer aus, dass dieses seit April 2025 laufe und ein Gesamtvolumen von 231.000 Euro umfasse. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) trage hierbei über die regionale Kulturförderung den Hauptanteil, wofür Frau Brauer ihren Dank ausspricht. Ein weiterer Dank ergeht an den Förderverein des Bergischen Museums sowie an die Kämpgen-Stiftung für die finanzielle Unterstützung. Der städtische Eigenanteil belaufe sich über zwei Haushaltsjahre auf 16.500 Euro, was einer Quote von sieben Prozent entspreche. Aus diesen Mitteln seien die externen Dienstleistungen sowie die Projektleitung finanziert worden.

Frau Brauer, Frau Piecha (Projektleitung und stellvertretende Museumsleitung), Herr Kobernuss (Geschäftsführer von der ift Freizeit- und Tourismusberatung) und Herr Horbelt (Kreativdirektor der Agentur facts und ficton) tragen ihren Bericht in Form einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Herr Steinbuck bittet um Erläuterung der zugrunde gelegten Kennzahlen, da eine Steigerung des Ausschöpfungspotenzials von 12.000 auf 17.000 Besucher rechnerisch keine Verdopplung darstelle. Zudem erkundigt er sich nach der Finanzierung der Personalkosten in Höhe von 85.000 Euro.

Herr Kobernuss erläutert hierzu, dass das Museum ein theoretisches Ausschöpfungspotenzial von jährlich rund 24.000 Besuchen aufweise. Die Prozentwerte bezögen sich auf den Grad der Ausschöpfung dieses Gesamtpotenzials von der Gegenwart bis in die Zukunft. Bezüglich der Personalfinanzierung betont er, dass ein Museum als öffentliche Einrichtung mit Bildungsauftrag nicht rein kommerziell oder kostendeckend bewertet werden dürfe. Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad von Museen in Deutschland liege bei 20 bis 25 Prozent, in Ausnahmen bei 30 Prozent; eine vollständige Eigenfinanzierung bilde die absolute Ausnahme. Wenn der Fokus auf der Vermittlung von Geschichte, gesellschaftlicher Identität und sozialem Nutzen liege, stelle die öffentliche Förderung durch die Standortkommune, den Kreis oder das Land den Regelfall dar.

Frau Meyer-Bialk dankt im Namen der CDU-Fraktion für die umfassende Neukonzeption. Besonders beeindruckend sei die inklusive und partizipative Gestaltung trotz der topografischen Heraus-

forderungen und der alten Bausubstanz auf dem Gelände. Sie unterstreicht die Bedeutung des Museums als Erinnerungs- und Traditionsort für Bergisch Gladbach und insbesondere für den Stadtteil Bensberg, der in die Moderne gebracht werden müsse. Das vorgelegte Konzept überführe das Museum zukunftsfähig in die Moderne und erfahre die volle Unterstützung ihrer Fraktion.

Frau Scheerer schließt sich den lobenden Ausführungen an und bezeichnet das Museum als regionales Kleinod, welches einen markanten Punkt in der Tourismusförderung des Rheinisch-Bergischen Kreises einnehmen sollte. Sie fragt konkret nach dem Erhalt des „Baums der Religionen“, welcher traditionell als Veranstaltungsort für das jährliche Apfelblütenfest diene, da sie hierzu besorgte Bürgeranfragen erhalten habe.

Herr Dekker erklärt hierzu, dass auch der Bürgermeister eine entsprechende Anfrage erhalten habe. Er stellt klar, dass der „Baum der Religionen“ selbstverständlich erhalten bleibe, was auch auf den gezeigten Planungsbildern so dargestellt sei.

Frau Skribbe bezeichnet die geleistete Vorarbeit als beeindruckend. Das Konzept zeige auf, dass das Museum weit mehr leisten könne als bisher und zu einem modernen, nachhaltigen, barrierearmen und attraktiven Ort weiterentwickelt werden solle. Besonders hebt sie die soziale Funktion als „Dritter Ort“ jenseits von Familie, Schule und Arbeit hervor, welcher in Bensberg zur Steigerung der Aufenthaltsqualität fehle. Angesichts der bekannten Haushaltslage betont Frau Skribbe, dass die Vorlage durch die Fokussierung auf die Leistungsphasen 1 bis 3 eine integrierte Bremse besitze. Aufgrund der Deckelung des Eigenanteils und der Option auf konzeptionelle Anpassungen bei ausbleibenden Fördermitteln stimme ihre Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Vorlage zu. Sie fragt abschließend nach den zentralen Anforderungen, die bei der Konzeption im Vordergrund gestanden hätten.

Frau Brauer antwortet, dass das Projekt „Museumslabor“ als innovatives und vom LVR gefördertes Programm essenziell gewesen sei, um das Haus wieder in das Bewusstsein der Bürger zu rücken. Die Neukonzeption müsse vordefinierte Rahmenbedingungen wie das Gelände, die Gebäude, den Finanzrahmen sowie museale Sammlungsanforderungen erfüllen. Gleichzeitig gelte es, den gestiegenen Ansprüchen des Publikums im Vergleich zum Entstehungsjahr der bisherigen Dauerausstellung (1981) gerecht zu werden. Das Herzstück des Konzepts bilde eine breite Partizipation: Auf Basis eines anfänglichen Arbeitskreises mit dem Förderverein und dem Bergischen Geschichtsverein habe man das Projekt auf eine größere Basis gestellt und über 1.000 Kontakte, insbesondere zu Schülern und Schülerinnen, gepflegt, deren Wünsche und Ideen in die Konzeption eingeflossen seien.

Frau Stauer dankt im Namen der SPD-Fraktion für den eindrucksvollen Vortrag. Aus pädagogischer Sicht sei es besonders beeindruckend, dass das Konzept einen Weg aufzeige, Kindern in Zeiten digitaler Medien die Lust am Entdecken und Lernen neu zu vermitteln und dabei verschiedene Lerntypen in einer entscheidenden Lebensphase anzusprechen. Trotz der bestehenden Pflicht zur Haushaltskonsolidierung (HSK) sei dieses Vorhaben uneingeschränkt unterstützungswürdig.

Herr Dettmar lobt, dass das Konzept bodenständig und professionell wirke, indem bereits konkrete Überlegungen zur Finanzierung und Refinanzierung angestellt worden seien.

Herr Schöpf äußert seine Wertschätzung für das Museum als traditionsreichen Ort der Bildung und Identität für Bergisch Gladbach, insbesondere Bensberg. Er regt an, die überregionale Werbeaktivität für die Einrichtung zu intensivieren. Zudem lobt er die frühzeitige und vorbildliche Prüfung von Fördermöglichkeiten. Zur Steigerung der Besucherzahlen schlage er vor, Kooperationen mit anderen Museen im Rahmen von kombinierten Ticketangeboten anzustreben.

Frau Meyer-Bialk sieht das erhebliche Potenzial für den Tagestourismus sowie für Übernachtungsgäste des nahegelegenen Schlosses. Sie regt die Konzeption einer lokalen Architekturtour an, die das Rathaus, das Museum und das Schloss Bensberg umfasse. Dies könne in enger Kooperation mit der örtlichen Hotellerie und Gastronomie, beispielsweise im Rahmen einer Kaffeetafel, erfolgen.

Herr Bena begrüßt das Projekt und hebt die Bedeutung des Museums für Kinder hervor. Mit Verweis auf die von Frau Skribbe erwähnte integrierte Haushaltsbremse regt er an, bei der Akquise von Fördermitteln mit maximaler Sorgfalt vorzugehen und gegebenenfalls spezialisierte Agenturen zur Unterstützung hinzuzuziehen. Er empfiehlt die Einnahmenseite im Konzept stärker zu berücksichtigen, z. B. durch eine Erweiterung des 60-Minuten-Einzugsbereiches.

Herr Kraus erinnert an die intensiven Debatten im Ausschuss der vergangenen Legislaturperiode bezüglich der Bewilligung der Haushaltsmittel für die Machbarkeitsstudie. Rückblickend habe es sich um eine sehr gute Investition gehandelt, da die zugesagten Förderquoten exakt eingehalten worden seien. Er dankt dem Bergischen Geschichtsverein, für die in ihrer Stellungnahme in den Prozess eingebrachten Aspekte, die auch wichtig seien in ihrer Gesamteinordnung. Er halte die strategische Fokussierung des neuen museumspädagogischen Konzepts erst einmal auf Kinder und Schulen aus der Region für richtig. Als ergänzende Anregung für die künftige Veranstaltungsplanung schlage er nochmals die Ausrichtung eines historischen Weihnachtsmarktes auf dem fertigen Museumsgelände vor. Trotz der schwierigen kommunalen Haushaltslage sehe er dem Projekt aufgrund der Kostenbremse und der bisherigen professionellen Kostentreue der Projektleitung positiv entgegen.

Frau Skribbe berichtet aus Vorgesprächen, dass das Museumsteam bereits konkrete Marketingideen zur Steigerung der Sichtbarkeit im Stadtteil entwickelt habe, wie etwa die Aufstellung von Werbeaufstellern in Form von Bergwerksarbeitern auf der Schlossstraße. Sie bittet die Verwaltung, weitere Ideen der Fraktionen entgegenzunehmen. Bezugnehmend auf die Tischvorlage und die darin enthaltene Kritik des Bergischen Geschichtsvereins bittet sie Frau Brauer um eine Erläuterung, wie der Beteiligungsprozess für die Neukonzeption konkret aufgesetzt worden sei.

Frau Brauer erläutert, dass der Hauptbeteiligungsprozess für dieses Projekt, das vorgelagerte, dreijährige Projekt „Museumslabor“ als offener Beteiligungsprozess für alle Bürgerinnen und Bürger gewesen sei. Hierbei seien der Förderverein, die Mitarbeiterschaft, der Beirat, die Besucherschaft sowie der Bergische Geschichtsverein eingebunden worden. Für das aktuelle Folgeprojekt zur Neukonzeption habe nach der Einstellung von Frau Piecha im April 2025 ein straffer Zeitrahmen von anderthalb Jahren bestanden. Aufgrund der kurzen dreimonatigen Phase für die Ausstellungskonzeption und der noch knapperen Frist für die Tourismusanalyse habe der Schwerpunkt der Partizipation bewusst auf der Barrierefreiheit gelegen, wozu die betroffenen Interessengruppen erneut konsultiert worden seien. Im Vorfeld der Beschlussfassung seien zudem der Beirat des Fördervereins, die Mitarbeitenden informiert sowie mit dem Geschichtsverein gesprochen worden.

Herr Klaas bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und bittet um deren Zusendung für die Vorstellung in der Fraktion.

Herr Reiländer bedankt sich für die gut ausgearbeitete Konzeption und erläutert den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fasst **einstimmig** (ohne Enthaltung) folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Planungs- und Fachplanungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 nach HOAI für die weitere Planung des Bergischen Museums auf Grundlage der Ergebnisse des extern geförderten Projekts „Neukonzeption Bergisches Museum“ zu vergeben. Die Beauftragung ist ausdrücklich auf die Leistungsphasen 1 bis 3 beschränkt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorhandene Fördermöglichkeiten umfassend zu prüfen Förderanträge vorzubereiten und die Fördermittel bestmöglich einzuwerben.

3. Die Ergebnisse aus dieser Planungsphase, insbesondere die Entwurfsplanung einschließlich belastbarer Kostenberechnung und Darstellung der Fördermöglichkeiten, sind dem Rat

zur erneuten Beschlussfassung und endgültigen Entscheidung über die weitere Durchführung der Maßnahme vorzulegen. Eine Umsetzung der Gesamtmaßnahme erfolgt nur, wenn eine **Mindestförderquote von (50%) der förderfähigen Investitionskosten** erreicht bzw. durch verbindliche Förderzusagen gesichert ist und der **Eigenanteil der Investition einen Betrag von 2,75 Mio. Euro brutto nicht überschreitet.**

4. Sollten die erforderlichen Fördermittel nicht oder nicht in ausreichendem Umfang eingeworben bzw. verbindlich zugesagt werden, wird die Maßnahme in der vorgesehenen Form nicht durchgeführt. Gleiches gilt, wenn der nach Abschluss der Leistungsphasen 1 bis 3 ermittelte Eigenanteil den vorgenannten Höchstbetrag überschreitet. Eine Umsetzung in reduziertem oder verändertem Umfang bedarf einer erneuten politischen Beschlussfassung.

5. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2027. Mit der Umsetzung soll die Infrastruktur- Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL) beauftragt werden.

Abschließend würdigt Herr Reiländer die engagierte Unterstützung des Fördervereins sowie das ehrenamtliche Engagement der Stadtgesellschaft und bezeichnet das Museum als künftigen Schlüsselstein für diesen Zusammenhalt.

10. Bericht der Städtischen Max-Bruch-Musikschule über das Geschäftsjahr 2025

0550/2026

Herr Reiländer verweist auf die Vorlage.

Als kulturelle Überleitung zum Jahresbericht der Musikschule folgt ein Klavierstück, vorgetragen von Johannes Mohles. Im Anschluss gratuliert Herr Reiländer ihm im Namen des Gremiums zu dessen Erfolg beim Wettbewerb „Jugend musiziert“.

Frau Pohl-Gratkowski und Herr Hempel ergänzen ihren Bericht in Form einer PowerPoint Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.

Frau Meyer-Bialk dankt für das Klavierkonzert. Sie verweist auf ein Schreiben bezüglich des Wegfalls von Stellen sowie der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre. Mit Blick auf künftige Stellenstreichungen und künftig wegfallende Stellen (KW-Vermerke) erkundigt sie sich nach den konkreten Auswirkungen auf die Arbeit der Musikschule.

Herr Hempel erläutert, dass durch Kompensationsmaßnahmen im Zuge des sogenannten Herrenberg-Urteils im Jahr 2027 rund 1,3 Vollzeitäquivalente wegfielen und zudem fünf Lehrkräfte in den Ruhestand gingen. Dies betreffe weitere 2,3 Vollzeitäquivalente in Teilzeit, sodass temporär für ein halbes oder ganzes Jahr knapp vier Vollzeitäquivalente im Unterrichtsbereich fehlten. Davon seien voraussichtlich 100 bis 120 Schülerinnen und Schüler betroffen. Die personelle Situation im Fach Querflöte betreffe die einzige Dozentin dieses zentralen Instruments, was Auswirkungen auf die Spielfähigkeit des Max-Bruch-Blasorchesters sowie auf die Schülerbindung haben könne. Der Streicherbereich (Geige und Bratsche) sei ebenfalls stark betroffen, wodurch die Funktionsfähigkeit der Symphonieorchester beeinträchtigt werden könne. Im Hinblick auf das bevorstehende 50-jährige Jubiläum im nächsten Jahr stelle diese Entwicklung eine spürbare Herausforderung dar.

Herr Dekker ergänzt, dass der altersbedingte Ruhestand der Lehrkräfte feststehe, ein endgültiger Wegfall der Stellen jedoch noch nicht beschlossen sei. Die bestehende Wiederbesetzungssperre sei eine Gestaltungsfrage; die Verwaltung prüfe derzeit gemeinsam mit dem Fachbereich 1 Optionen, um die Sperren für die Musikschule durch interne Verschiebungen zu verkürzen und Ausschreibungen früher zu ermöglichen. In einer aktuellen Antwort der Verwaltung auf ein Schreiben

der Elternschaft sei deutlich gemacht worden, dass man durch flexible Handhabe mit den Vorgaben unbesetzte Zeiten minimieren wolle, um eine Abwanderung von Schülerinnen und Schülern sowie Unterrichtsausfälle bei Kerninstrumenten zu verhindern.

Herr Hempel verweist auf die Einnahmenseite der Musikschule. Die Lehrkräfte refinanzierten sich zu einem gewissen Prozentsatz selbst; der Kostendeckungsgrad der Musikschule liege im Durchschnitt bei über 40 Prozent und damit deutlich über dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen, was die Qualität der Arbeit unterstreiche. Er gibt zu bedenken, dass Lehrkräfte im „JeKits“-Programm über Landesfördermittel finanziert würden; die Qualitäts- und Durchführungskriterien könnten dann nicht mehr eingehalten werden, was eine evtl. Rückforderung der Landesmittel zur Folge hätte. Ein halbjähriges Aussetzen gefährde diese Programme der musikalischen Breitenarbeit an Schulen, die einen zentralen bildungspolitischen Auftrag zur Erreichung bildungsfernerer Schichten darstellten.

Frau Skribbe würdigt die erfolgreiche Arbeit der Musikschule bei der Verknüpfung von breiter Bildungsarbeit und gezielter Leistungsförderung. Für das Berichtsjahr 2025 zeige sich dies an gestiegenen Teilnehmendenzahlen, einer hohen Veranstaltungsresonanz mit durchschnittlich 136 Zuhörern sowie einem Kostendeckungsgrad von 41,6 Prozent, welcher den Landesdurchschnitt von 32,7 Prozent deutlich übertreffe. Zudem seien die internen Bemühungen zur Umsetzung des Herrenberg-Urteils erfolgreich verlaufen. Angesichts der durch den Elternbrief verdeutlichten Zukunftsrisiken verweist sie auf einen gemeinsamen Fragenkatalog der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Sie bittet den Vorsitzenden, die darin enthaltenen Kernfragen zur Zukunft der Musikschule und des „JeKits“-Programms im Sinne der anwesenden Eltern und der Öffentlichkeit kurz aufzurufen.

Herr Reiländer verweist auf den bestehenden Antrag auf schriftliche Beantwortung der interfraktionellen Anfrage vom 30.09.2026. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.
Es gelte im Detail zu prüfen, welche konkreten Auswirkungen die aktuelle Wiederbesetzungssperre sowie die pauschalen Haushaltsvorgaben in Kombination mit den KW-Vermerken aus dem Herrenberg-Urteil besäßen. Ein präziser Sachstand unter Berücksichtigung personeller Fluktuationen der vergangenen zwei Jahre sei für die politische Weichenstellung unerlässlich.

Frau Stauer fordert die Verwaltung auf, den angekündigten kreativen Umgang mit Personalressourcen nicht nur auf den allgemeinen Instrumentenunterricht, sondern explizit auch auf das „JeKits“-Programm anzuwenden. Aufgrund des nahenden Jahresendes bestehe erhebliche Dringlichkeit, da die Verträge der betroffenen Musikschullehrer, die auf diese Einnahmen zur Existenzsicherung angewiesen seien, rasche Planungssicherheit erforderten.

Frau Meyer-Bialk schließt sich der Forderung an und vergleicht den gesellschaftlichen Wert der Musikschule mit dem des Bergischen Museums. Musik- und Unterrichtsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene seien in der heutigen Zeit in einer Gesellschaft, die zunehmend auseinanderdrifte, unschätzbar wertvoll. Diese sollten unbedingt erhalten werden. Zudem stünden die dafür aufzuwendenden Mittel im Vergleich zu anderen kommunalen Projekten in einem sehr bescheidenen Verhältnis.

Herr Reiländer unterstreicht die Notwendigkeit einer differenzierten Bewertung von Personalanpassungen. Es werde vom Wegfall von Vollzeitäquivalenten gesprochen. Betrachtet werden müsse auch die Anzahl der Stunden pro Lehrkraft. Auch die überdurchschnittliche Eigenfinanzierungsquote der Musikschule müsse berücksichtigt werden.

Frau Skribbe bittet um Erläuterung dazu, dass die vorliegende Mitteilungsvorlage unter dem Punkt Risikobewertung den Vermerk „keine“ ausweise. Sie weist darauf hin, dass für das Jahr 2027 mit spürbaren strukturellen Veränderungen zu rechnen sei.

Herr Hempel erläutert hierzu, dass der Bericht einen langen redaktionellen Vorlauf aufweise und zum Zeitpunkt der verwaltungsinternen Abstimmung das gesamte Ausmaß der Situation noch nicht absehbar gewesen sei. Im Ausblick des Berichts werde jedoch bereits auf die Risiken der KW-Stellen im Zuge des Herrenberg-Urteils hingewiesen. Während das Jahr 2025 zahlenmäßig sehr

positiv abgeschlossen habe und lediglich temporäre Kürzungen im Umfang einer 60-Prozent-Stelle für sieben Monate angefallen seien, verändere sich die Situation im Jahr 2026 durch den Ruhestand der einzigen E-Bass-Lehrkraft. Die aktuelle Kompensation durch Lehrkräfte, die auch dieses Instrument unterrichten können, stelle eine gute Einzellösung dar, die sich auf andere Instrumente oder den Bereich der Elementaren Musikpädagogik (EMP) jedoch nicht ohne Weiteres übertragen lasse.

Herr Schöpf bedankt sich für den Bericht sowie für die musikalische Gestaltung. Er betont die Förderwürdigkeit der Musik als wertvolle Freizeitgestaltung und potenzielle Berufsausbildung. Bezüglich des anstehenden Wegfalls im Bereich der Querflöte sowie der Violine und Bratsche erkundigt er sich nach der Anzahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Zudem fragt er, ob andere Lehrkräfte diese Instrumente kurzfristig zusätzlich unterrichten könnten, um den Ausfall zu kompensieren, wenngleich der Einsatz von spezialisierten Fachkräften vorzuziehen sei.

Der Vorsitzende verweist auf seine vorherige Wortmeldung und bekräftigt die Notwendigkeit der Vorlage konkreter Kennzahlen.

Frau Kirschner erläutert, die Anfrage werde schriftlich beantwortet. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Bau einer 3-fach-Sporthalle als dauerhafte Halle auf dem Tankstellengrundstück an der Mülheimer Straße in Gronau – Entscheidung über die Errichtung einer Zuschauertribüne

0587/2026

Herr Reiländer erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Dettmar betont, dass der Neubau an der Mülheimer Straße als zwingend notwendige Auffanglösung für anstehende Großhallensanierungen wie die der Steinbreche diene. Da dort hochrangige Sportveranstaltungen wie Bundesliga-Badmintonspiele und Hallenfußballturniere stattfänden, sei eine Zuschauertribüne für einen vollwertigen Ersatzbetrieb unverzichtbar.

Herr Bartz erklärt die Unterstützung der Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft für den Tribünenbau. Er hebt hervor, dass die Infrastruktur im Stadtteil Gronau dadurch eine notwendige Stärkung erfahre. Er bittet den Stadtsportverband um eine Einschätzung bezüglich der Vorzüge einer ausziehbaren gegenüber einer festen Tribünenvariante.

Herr Schöpf erkundigt sich nach den außerschulischen Nutzungsmöglichkeiten der Sporthalle für öffentliche Veranstaltungen wie Konzerte und andere Vereinsaktivitäten. Zudem bittet er um Informationen zu den regelmäßigen Wartungs- und Folgekosten einer Zuschauertribüne nach deren Installation.

Herr Rockenberg äußert im Namen des Stadtsportverbandes große Zufriedenheit über den zentralen Standort der geplanten Dreifachsporthalle. Die Halle sei als Ersatz für marode Großsporthallen essenziell. Aus sportfachlicher Sicht sei eine Halle mit Zuschauertribüne für eine Kapazität von 300 bis 500 Personen für den Vereinssport dringend erforderlich, da eine provisorische Bankbestuhlung aufgrund aufwändiger Handhabe wenig Sinn machen würde. Bezüglich der technischen Ausgestaltung (feste, ausziehbare oder teilausziehbare Tribüne) verweise er auf die spezifischen Vor- und Nachteile hinsichtlich des Personal- und Wartungsaufwands sowie der noch ungeklärten genauen Hallenmaße. Der Verband plädiere daher klar für eine Tribüne, überlasse die konkrete Bauform jedoch der technischen und finanztechnischen Prüfung.

Frau Kirschner bestätigt, dass im weiteren Planungsverfahren detailliert geprüft werde, welche Tribünenvariante technisch, finanziell und personell am besten umsetzbar sei. Erfahrungsgemäß

sei eine Auszugstribüne zwar wartungsintensiver als eine feste Tribüne, die abschließende Prüfung obliege jedoch den Baufachleuten und werde den Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Kraus zeigt sich im Namen der CDU-Fraktion über die anstehende sportpolitische Beschlussfassung erfreut. Das Vorhaben stelle perspektivisch einen notwendigen Ersatzbau für künftig wegfallende Hallen dar. Die Investitionskosten seien im Rahmen der jährlichen Abschreibungen für die kommenden Jahre finanziell tragbar. Er widerspricht der Einstufung Gronaus als vernachlässigter Stadtteil und verweist auf das bestehende strategische Entwicklungskonzept. Mit der Sporthalle an einem zentralen Standort werde direkt in die dortige Infrastruktur investiert. Als weiteren positiven Aspekt hebt er die gegebene Barrierefreiheit am Standort hervor. Die CDU-Fraktion unterstütze den Neubau mit einer Zuschauertribüne und sehe der weiteren Ausführungsplanung positiv entgegen.

Herr Steinbuck weist ergänzend darauf hin, dass eine ausziehbare Tribüne mit höheren Wartungskosten verbunden sei.

Herr Klaas begrüßt das Vorhaben aus sportpolitischer Sicht im Namen der SPD-Fraktion. Er empfiehlt, dass sich der Ausschuss für die weitergehende Variante ausspreche, um die finale Entscheidung inklusive der Begründungen zur Bauform letztlich im Rat zu treffen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport fasst **einstimmig** (ohne Enthaltung) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschließt, die bereits im Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschlossene Variante 4 – Neubau einer dauerhaften 3-fach-Sporthalle auf dem Tankstellengrundstück an der Mülheimer Straße in Gronau – mit einer Zuschauertribüne weiterzuverfolgen.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden folgende Anfragen gestellt:

Anfrage von Frau Skribbe:

Frau Skribbe fragt nach Fortschritten bezüglich des Zentraldepots für die Museen sowie nach dem aktuellen Planungsstand zur Weiterentwicklung des Kulturleitbildes.

Herr Dekker erläutert zum Depot, dass die Bedarfe der einzelnen Museen abgefragt und zusammengeführt worden seien. Das Vorhaben befinde sich in der Vorbereitung für ein Projekt des Verwaltungsvorstandes (VV-Projekt), welches vom Fachbereich 4 weiter ausgearbeitet und angeschoben werde. Er räumt ein, dass die aktuelle Haushaltslage den Prozess verzögere und das Projekt derzeit nicht im Vordergrund stehe. Der Prozess werde noch Zeit in Anspruch nehmen, sei jedoch auf dem Weg.

Anfrage von Herrn Bartz

Herr Bartz hat eine Anfrage zu den Archivalien des Bergischen Geschichtsvereins Rhein-Berg e.V. Als Historiker fragt er an, ob es Möglichkeiten gäbe, die Archivalien des Geschichtsvereins langfristig in das Stadtarchiv zu übernehmen, da sie auch Teil der städtischen Geschichte seien. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

Anfrage von Herrn Kraus

Herr Kraus hat eine Anfrage zum aktuellen Stand bezüglich der Schulaulen. Da diese derzeit geschlossen und nicht für Veranstaltungen genutzt werden könnten, fragt er nach der Situation der Aula der Otto-Hahn-Schule, etwa für eine Nutzung durch die Musikschule. Herr Klaas bittet um Auskunft, wann dort eine Freigabe oder endgültige Bauabnahme erfolgen könne.
Er bittet um eine schriftliche Beantwortung in der Niederschrift.

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

Anfrage von Frau Stauer:

Frau Stauer erkundigt sich bezüglich der Depotfrage nach einer möglichen Nutzung des ehemaligen Druckerraums auf dem Zanders-Gelände, welcher aufgrund der ebenerdigen Lage und eines großen Lastenaufzugs vorgeschlagen worden sei. Sie fragt, ob diese Option im Rahmen des angekündigten VV-Projekts mitgeprüft werde. Zudem greift sie die Anfrage von Frau Skribbe zum Kulturleitbild auf und fordert eine verbindliche Zusage, dass der Prozess mit einem klaren Fokus auf die stärkere Partizipation von Jugendlichen weiterverfolgt werde.

Herr Dekker erwidert, dass der Verwaltungsvorstand nach dem offiziellen Projektstart alle bestehenden Optionen prüfen werde. Ob eine Umsetzung auf dem Zanders-Gelände realistisch sei, lasse sich im aktuellen Stadium aufgrund zahlreicher anderer Nutzungsfaktoren für das Areal noch nicht absehen.

Frau Kirschner berichtet zum Partizipationsprozess zum Kulturpolitischen Leitbild, dass die angespannte Haushaltslage sowie personelle Engpässe eine Fortführung mit externer Begleitung ausschlössen. Sie bekräftigt jedoch ihre Zusage, das Verfahren im bestehenden Rahmen mit städtischen Ressourcen weiterzuführen.

Anfrage von Herrn Rockenberg

Herr Rockenberg verweist auf die schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters zur Eröffnung des ersten Bauabschnitts des Sportplatzes Katterbach. Den Stadtsportverband treibe jedoch die Sorge bezüglich des bereits beschlossenen zweiten und dritten Bauabschnitts um. Die Finanzierung für den zweiten Abschnitt sei für das laufende Jahr mit 590.000 Euro im Haushalt veranschlagt. Da nicht abgerufene Mittel im Folgejahr erfahrungsgemäß verfallen könnten, fragt er konkret nach dem aktuellen Umsetzungsstand dieses zweiten Bauabschnitts.

Herr Dekker erläutert, die Anfrage werde schriftlich beantwortet. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.

Herr Rockenberg fragt zudem nach dem Öffnungstermin der Nelson-Mandela-Halle, deren Inbetriebnahme für den Herbst 2026 in Aussicht gestellt worden sei.

Herr Dekker erwidert zur Nelson-Mandela-Halle, dass die Zuständigkeit beim Hochbau (Fachbereich 8) liege. Nach seinem letzten Kenntnisstand aus Abstimmungen mit dem dortigen Fachbereich sei eine Öffnung unmittelbar nach den Herbstferien im laufenden Jahr 2026 vorgesehen.

Frau Kirschner erläutert zum Haushaltsansatz für den Sportplatz Katterbach, dass die späte Haushaltsgenehmigung und die darauffolgende Haushaltsverfügung den Mittelabruf erheblich erschwerten. Jede investive Maßnahme ab einem Schwellenwert von 20.000 Euro erfordere nun ein separates, umfassendes Antragsverfahren beim Kämmerer. Die Verwaltung arbeite diese Verfahren sukzessive ab, um die Mittel für das kommende Jahr zu sichern.

Anfrage von Frau Häuser

Frau Häuser hat eine Anfrage zu den Sanitäranlagen auf dem neu angelegten Zanders-Gleispark. Sie fragt, ob dort Toiletten oder entsprechende Wegweiser zu einer Toilettenanlage vorgesehen bzw. vorhanden seien.

Herr Dekker erklärt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 11 beigefügt.

Anfrage von Herrn Klaas

Herr Klaas hat eine Anfrage zur Hochbauthematik und verweist darauf, dass Turnhallen als Sportflächen laut Zuständigkeitsordnung in die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (ABKS) fallen müssten. Er regt an, dass künftig dauerhaft eine fachkundige Person aus dem FB 8 in den Sitzungen anwesend sein sollte.
Er bittet um schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 12 beigefügt.

Herr Reiländer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:06 Uhr.

Gez.
Frank Reiländer
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur und Sport

Gez.
Sarah Gilke
Stellvertretende Schriftführerin